O

KvVI

Eingelangt: 18. 12. 50

Wien, am 16.12.50.

41

Nationalrat
Dr.Alfred MALETA,
W i e n 1.,
Falkestr.3/Mez.

Herrn
Bundeskanzler
Dr.h.c.,Ing.Leopold FIGL,

W i e n 1.,
Bundeskanzleramt.

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!
L i e b e r F r e u n d!

In Ergänzung meiner mündlichen Information erlaube ich mir nochmals auf folgendes aufmerksam zu machen:

1.)Anlässlich der zwischen 7.und 14.Jänner stattfindenden Parteienbesprechung bitte ich die Klärung der Differenzpunkte in der Auslegung des Koalitionspaktes vorzunehmen. Aus meinem Gespräch mit Vizekanzler Dr.SCHÄRF und Minister WALDBRUNNER ist eindeutig zu entnehmen, dass die Frage des Sechserausschusses beim Verstaatlichungsministerium im engsten Zusammenhang mit dem Ausschuss beim Finanzministerium steht. Die Sozialisten beschweren sich, dass der letztgenannte Ausschuss nicht funktioniert und von uns im Zusammenhang mit der Kompetenzabgrenzung des Herrn Staatssekretär GRAF gebracht wurde. Ich mache darauf aufmerksam, damit rechtzeitig innerhalb der Partei diese Frage geklärt wird, bevor man mit den Sozialisten in Verhandlungen eintritt.

2.)Meine Aussprache mit Waldbrunner führte zu einem Einverständnis. Der Ausschuss wird Mitte Jänner einberufen, wahrscheinlich also im sofortigen Anschluss an die Parteienbesprechung. Ich habe unsere Wünsche für die erste Tagesordnung angemeldet und gleichzeitig darauf verwiesen, dass laut Koalitionspakt monatlich je eine Sitzung des Ausschusses und auf Verlangen einer jeden Fraktion auch öfters solche Sitzungen einzuberufen sind. Es wäre gut, wenn Minister Waldbrunner bei der Parteienbesprechung auch daran nachdrücklich erinnert würde.

3.)Für den Fall, dass Minister Waldbrunner neuerlich auf die zwischen ihm und mir bestehenden Differenzen bei der Parteienbesprechung zurückkommen sollte, erlaube ich mir, unsere diesbezügliche Aussprache kurz zu skizzieren. Sein Hinweis auf das angeblich von mir in den "Salzburger Nachrichten" vor drei Wochen gegebene Interview, kann natürlich keine Entschuldigung dafür sein, dass seit Juni bis zu diesem Zeitpunkt keine Sitzung stattgefunden hat. Auch sein zweiter Hinweis, dass er sich durch einen im Sommer erschienen Artikel verletzt fühlte, weil er ihm Unannehmlichkeiten bereitete, ist natürlich kein sachliches Argument. Er behauptete fast wörtlich, dass ich in diesem Artikel vom Herrn Bundeskanzler schrieb, es sei auf dessen Eingreifen die Untersuchung bei der Voest eingeleitet worden, während ich doch von ihm vom Gegenteil informiert war. Ich verwies darauf, dass ich mit diesem Artikel nicht die Untersuchung bei der Voest beeinflussen wollte, sondern mit Recht dem Versuch entgegentrat, dass entgegen unserer führern Vereinbarungen ein Sozialist Generaldirektor der Voest werden sollte. Auch diesmal hatte ich den deutlichen Eindruck, dass Waldbrunner bei der Voest und der Alpine einen ganz grossen Schachzug vorhat. Darüber habe ich Dir, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ja bereits mündlich berichtet.

Einstweilen zeichne ich

als Dein stets ergebener

1029

Maleta

K v VI

ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI
ÖSTERREICHISCHER ARBEITER- UND ANGESTELLTENBUND
BUNDESLEITUNG

WIEN VIII., LAUDONGASSE 16 / TELEPHON A 27-5-85—89

DER GENERALSEKRETÄR

Wien, den 18.Dez.1950.
Dr.B/P 5029/-

Sekretariat d. H. Staatssekretärs
Eing. 21. DEZ. 1950
Erledigt
Ref. Nr.----------

Lieber Freund !

Die allgemeine politische Stimmung, die nicht als gerade besonders günstig angesehen werden kann, wird durch den "Fall Krauland" um ein bedeutendes verschlechtert. Aus den Berichten unserer Landesgruppen ist zu ersehen, daß in Funktionärskonferenzen und in öffentlichen Versammlungen immer wieder die Frage aufgeworfen wird, warum die Partei keine entschiedenere Haltung in dieser Sache einnimmt. Ich sehe als einer derjenigen, die vom Anfang an bemüht waren, die Stellung Kraulands zu verteidigen, nun schon fast nicht mehr zu bewältigende Schwierigkeiten in dieser Sache und ich gehe bestimmt nicht fehl, wenn ich darauf hinweise, daß sich diese Angelegenheit zu einer latenten Vertrauenskrise auszuwirken beginnt.

Nun glaube ich, daß es gar nicht so schwierig wäre, ohne den grundsätzlichen Standpunkt, den wir bisher eingenommen haben, zu verletzen, eine die Öffentlichkeit befriedigende vorläufige Regelung herbeizuführen. Dr.Krauland hat mit Ausnahme des Nationalratsmandates und des Vorsitzes in der Kreditlenkungskommission - er hat sich im übrigen bei den letzten beiden Sitzungen entschuldigen lassen - alle Funktionen zurückgelegt. Was den Vorsitz in der Kreditlenkungskommission betrifft, so hat über eine allfällige Änderung vor allem der Herr Finanzminister zu entscheiden. Was das Nationalratsmandat betrifft, so ist es klar, daß man dieses nicht zurücklegen kann, weil sein Wiedererwerb bei allfällig günstigem Ausgang der Prozesse ja nicht möglich wäre. Es würde aber in der Öffentlichkeit begrüßt und verstanden werden, wenn wir über diesen tatsächlichen Stand eine entsprechende Mitteilung brächten. Wenn wir mitteilen, daß Dr.Krauland alle Funktionen mit Ausnahme des Mandates zurückgelegt hat, daß das Mandat aber nicht zurückgestellt werden kann, weil es nicht mehr erworben werden könnte, von Dr.Krauland aber bis zur Erledigung der Sache praktisch nicht ausgeübt wird, so wären wir diese Affäre los und könnten uns wirklich darauf berufen, daß die letzte Entscheidung die Gerichte zu erbringen haben.

b.w. 1030

Ich mache also den konkreten Vorschlag, daß wir eine Veröffentlichung etwa in nachstehendem Wortlaut beim Bundesparteipräsidium beantragen:

"Bundesminister a.D.Dr.Krauland hat alle von ihm innegehabten Funktionen mit Ausnahme des Nationalratsmandates bis zur Entscheidung seiner Angelegenheit bei den von ihm angerufenen Gerichten zurückgelegt. Eine Rücklegung des Nationalratsmandates kann nicht erfolgen, weil seine Wiedererwerbung nach Erledigung der Klagen nach der Wahlordnung nicht möglich wäre."

Die Frage der Kreditlenkungskommission müßte allerdings vorher entschieden werden.

Ich bitte Dich um Deine Mitteilung, ob Du mit einem solchen Vorschlag für das Bundesparteipräsidium einverstanden bist.

Mit den besten Grüßen,

Dein

Dr.Fritz BOCK e.h.

Abschrift

ÖSTERREICHISCHER WIRTSCHAFTSBUND

BUNDESLEITUNG

WIEN, I., FALKESTRASSE 3, R 24 2 60, R 27 101, R 28 2 99, R 29 2 61

IHRE NACHRICHT (ZEICHEN):

WIEN, AM 2. Jänner 1951

UNSER ZEICHEN:

BETRIFFT:

An die

Bundesleitung des Österreichischen
Arbeiter- und Angestelltenbundes,
z.Hd.d.Herrn Generalsekretär
Nationalrat Dr. Fritz B o c k,

W i e n, VIII.,
Landongasse 16

Die unterzeichnete Bundesleitung des Österreichischen Wirtschaftsbundes erlaubt sich, an die geehrte Bundesleitung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes folgendes Ersuchen zu richten:

In der Kredit-Lenkungskommission ist die Österreichische Volkspartei durch 5 Mitglieder vertreten, u.zw. durch Min.a.D. Nationalrat Dr. K r a u l a n d, Nationalrat Dr. B o c k, Generaldirektor H e r g l o t z, Vizekanzler Ing.S c h u m y und Nationalrat B ö c k-G r e i s s a u.

Da in dieser Kommission vor allem Kreditansuchen der verschiedenen wirtschaftlichen Betriebe begutachtet werden, wird es in unseren Kreisen als ein sehr grosser Mangel empfunden, dass die Wirtschaftstreibenden nur einen Vertreter haben. Besonders die Klein- und Mittelbetriebe sind eigentlich praktisch unvertreten.

Der Österreichische Wirtschaftsbund würde es daher als ein besonderes Entgegenkommen empfinden, wenn anlässlich des Rücktrittes des Nationalrates Dr. K r a u l a n d aus der Kredit-Lenkungskommission dieser Posten dem Österreichischen Wirtschaftsbund überlassen werden würde.

Wir ersuchen daher die Bundesleitung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, uns in dieser Frage entgegenzukommen. Wir haben andererseits bei der Vertretung in den Sozialversicherungsinstituten vielfach auf das Konto der Arbeitgebervertreter im Interesse der Gesamtpartei Vertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes namhaft gemacht. Wir sind auch jederzeit weiterhin bereit, im gemeinsamen Interesse, um alle Richtungen unserer Österreichischen Volkspartei zu unterstützen, jedweilig entgegenzukommen.

Wir sehen daher Ihrer Rückäusserung mit besonderem Dank entgegen und zeichnen

mit Parteigruss!

f.d.

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

1032

GÖV KvV 43 X

Abschrift

Wien, am 25.Jänner 1951

Vorschlag für die Parteienverhandlungen 1951

I. Wirtschaftskomplex :

1.) Beseitigung der Ausnahmegesetzgebung der Jahre 1933 und 1934 auf dem Gebiet des Gewerbewesens
   a) Untersagungsgesetz
   b) Rabattgesetz
   c) Aufhebung des Verbots der Belieferung öffentlich-rechtlicher Körperschaften durch Genossenschaften

2.) Handelsspannen, Einheitskontenrahmen, Kartellgesetz

3.) Wiedergutmachung für Konfiskationen im Jahre 1934
   a) angemeldete 26 Millionen Schilling der SPÖ
   b) keine Miete für die DAF-Möbel
   c) Kammerrückstellungsgesetz

4.) Vollbeschäftigungsmaßnahmen

5.) Messewesen.

II. Pressepolitik der Parteien :

1.) Allgemeines Übereinkommen zwischen den Parteien

2.) staatliche Presse- und Informationspolitik

III. Behandlung von

a) Staatsbürgerschafts -

b) § 27-Gesuchen

IV. Sozialpolitik

3 Arbeitslosengesetze

V. Fall Krauland

VI. Listen-Koppelung bei Gemeinden und Kammerwahlen

1033

! STRENG VERTRAULICH !

N i e d e r s c h r i f t

über die Parteienverhandlung zwischen den beiden Regierungs - parteien am 25.Jänner 1951 im Bundeskanzleramt

Beginn : 16,oo Uhr Ende : 18,30

Anwesend für die ÖVP : FIGL, RAAB, HURDES, GRUBER , MALETA (wegen der verstaatlichten Betriebe),(WEINBERGER befindet sich auf einer Tagung in Innsbruck)

Anwesend für die SPÖ : SCHÄRF , HELMER, WALDBRUNNER , PITTERMANN , JONAS

Nach einer Begrüssung durch den Vorsitzenden F i g l übergibt

S c h ä r f einen "Vorschlag für die Parteienverhandlungen 1951 ", der die Fragen enthält, die seiner Auffassung nach besprochen werden sollten. (Siehe angeschlossene Beilage !!)

S c h ä r f meinte jedoch, dass man über alle diese Gegenstände vorläufig nicht reden könne, weil nunmehr zwei Dinge in den Vordergrund gerückt wurden, die von besonderer Wichtigkeit sind :

1.) Wie S c h ä r f heute mittags erfuhr, habe die Vorarlberger Landesregierung für die Landesangestellten das Nachziehverfahren in vollem Umfange bewilligt. Damit bestehe die Gefahr neuer Lohnbewegungen.

2.) In den Betrieben wird, gerade in den letzten Tagen , die Aktivität der Kommunisten (gefördert von den Russen) immer stärker, gegen Lieferungen nach dem Westen zu protestieren. Es handelt sich offenkundig um eine einheitliche Bewegung.

F i g l verweist darauf, dass über die Verfügung der Vorarl - berger Landesregierung noch keinerlei Nachricht vorliegt, daß man sich aber im klaren sein müsse, dass ein solcher Beschluss eine Lawine auslösen könne. Es werde wohl notwendig sein, in einer Landeshauptmännerkonferenz sofort vorzubeugen, dass nicht auch noch von anderer Seite ähnliche Schritte unternommen werden . Ausserdem müsse erwogen werden, ob die Verfügung des Landes Vorarl- berg nicht mit Gegenaktionen beantwortet wird (z.B. vorläufige Sperre der Ertragsanteile).

H u r d e s hebt hervor, dass nach verlässlichen Informationen die Kommunisten in ganz Europa die Weisung haben, gegen die an - geblichen Rüstungsaufträge in den Betrieben vorzugehen. Es seien daher auf diesem Gebiet noch grössere Aktionen seitens der Kommunisten zu erwarten, die nicht nur besondere Wachsamkeit , sondern vor allem auch entsprechende Gegenmaßnahmen erforderlich machen.

H e l m e r beanstandet, dass von Regierungsseite seit der Rückkehr G r u b e r's aus Paris noch nicht entsprechende Maß - nahmen über die Rohstofflenkung beschlossen wurden. Dies ist umso dringender, weil nicht nur in Usia-Betrieben, sondern auch in anderen Betrieben davon geredet wird, dass das Material nach dem Westen kommt und man unsere Leute in den Betrieben "hängen" lässt. Dadurch bestehe auch die Gefahr der Vergrösserung der Arbeitslosenziffer.

G r u b e r : Die Arbeitslosigkeit hat ihren Grund in erster Linie in einer falschen Kreditpolitik, weniger im Mangel an Roh - stoffen. Richtig ist aber, dass ein Rohstoffmangel noch ein - treten kann. Man müsse daher tatsächlich schneller vorgehen . Dabei sei es notwendig, dass ein Mann die Führung auf diesem Ge- biet übernimmt. Dies müsse der Handelsminister sein. Der russischen und kommunistischen Propaganda, dass der Westen bevorzugt werde , müsse man entgegenhalten, dass die Rohstoffe dorthin gelenkt werden, wo sie für uns selbst den grössten Nutzen haben.

R a a b verweist darauf, dass wir ohnedies das Rohstofflenkungsgesetz haben. Dieses müsse nur ausgedehnt werden. Man dürfe auch nicht übersehen, dass die Betriebe offenkundig zu viel an - fordern.

J o n a s : Die Usia-Betriebe haben auch in der Vergangenheit fast keine Vorräte gehabt. Jetzt bemühen sie sich darum. Es werden anscheinend Resolutionsstürme vorbereitet.

F i g l verweist zusammenfassend darauf, dass wir ohne gesetzliche Regelungen doch nicht auskommen werden. Vor allem ist für die Verwendungsverbote ein Gesetz notwendig. Offenkundig müssten auch die nachstehenden Gesetze teilweise geändert werden :

Rohstofflenkungsgesetz ,
Aussenhandelsgesetz ,
Preisregelungsgesetz , und
Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz .

Welche Änderungen notwendig sind, muss schnellstens in den Verhandlungen geklärt werden. Ausserdem müsse , wie bereits be--sprochen , ein Maximal und ein Minimalprogramm aufgestellt und ehestens beschlossen werden.

Übereinstimmend vertrat man die Auffassung, dass zu den Verhandlungen, die schnellstens durchgeführt werden müssen, auch R a a b für die Wirtschaftskammer und B ö h m für den Gewerkschaftsbund zugezogen werden sollen

Wahl des Bundespräsidenten :

F i g l verweist darauf, dass die ÖVP die von den Sozialisten gegen G l e i s s n e r vorgebrachten Gegenargumente prüfte , diese jedoch nicht für stichhältig ansieht und daher bei der Kandidatur Gleissners bleibt.

F i g l richtet an die Sozialisten den Appell, die einvernehmliche Wahl Gleissners zu ermöglichen, so wie seinerzeit die ÖVP die Wahl Renners ermöglicht hat.

S c h ä r f : Wir wären einverstanden, in der Bundesversammlung oder, wenn die Russen der Verfassungsänderung nicht zustimmen ,

auch in der Volkswahl einen einheitlichen Kandidaten zu wählen , allenfalls im 2. Wahlgang. Die Bedenken gegen Gleissner sind aber immer noch vorhanden: er ist ein zu wandelbarer Mensch. Er bietet keine Gewähr für eine Festigkeit, insbesonders in unserer Zeit. Der Klub der SPÖ hat einstimmig eine Wahl Gleissners abgelehnt.

Listenkoppelung bei den Kammerwahlen in Niederösterreich .

H e l m e r ersucht R a a b dringend, dafür einzutreten , dass eine Listenkoppelung unmöglich gemacht wird, weil dadurch angeblich der Einfluss der Parteien ausgeschaltet wird, besonders wenn diese Listenkoppelung dann auch bei den Gemeindewahlen zur Anwendung kommt.

R a a b verweist darauf, dass es undemokratisch ist, eine Listenkoppelung zu verhindern, dass er daher auch dem Wunsche Helmers nicht Rechnung tragen kann.

Vorwürfe gegen die Geschäftsführung Waldbrunners bezüglich der verstaatlichten Betriebe .

R a a b verweist darauf, dass Waldbrunner durch seine Tätigkeit die Koalitionsvoraussetzungen ununterbrochen verschiebt. Es bestehen schwere Anklagen gegen seine Geschäftsführung. Bei der Regierungsbildung wurde ausdrücklich festgelegt, dass die einzelnen Gesellschaften in ihrer Selbständigkeit erhalten bleiben und dass das Ministerium nur die Aufsicht führt. Es wurde auch eindeutig festgelegt, dass diese Gesellschaften weiter der Kammer anzugehören haben. Heute sei man daran, aus dem Ministerium Waldbrunner eine Generaldirektion für die verstaatlichten Betriebe zu machen, in der rein parteipolitisch vorgegangen wird. Es sei auch vollständig unbegründet, in den verstaatlichten Betrieben von einem Korruptionssumpf der ÖVP zu reden. In verstaatlichten Betrieben werden immer wieder Unzukömmlichkeiten vorkommen. Daran seien aber Angehörige der SPÖ genau so beteiligt. Es ist höchste Zeit, dass endlich die Aufsichtsräte bestellt werden, weil wir es ablehnen, dass der Minister in den verstaatlichten Betrieben Anordnungen trifft. Die bei der Regierungsbildung getroffenen

Vereinbarungen müssen unbedingt eingehalten werden. Während es bei den Gewerkschaften gelungen ist, ein annehmbares Verhältnis herzustellen, bedeutet Minister Waldbrunner ein ständiges Störungselement. Die verstaatlichten Betriebe sind ein Besitz des ganzen Volkes, nicht aber der sozialistischen Partei.

S c h ä r f meint, es sei von der SPÖ nie behauptet worden , dass die verstaatlichten Betriebe Besitz der sozialistischen Partei seien. Minister Waldbrunner habe die Aufgabe, sich gegen Korruption zu wenden, wo er sie vorfindet. Im übrigen sei man daran, überall die Aufsichtsräte zu bestellen. S c h ä r f beklagt sich dann, dass der Sechserausschuss beim Finanzmini - sterium noch nicht einberufen sei. Es sei auch ganz ungehörig , dass Waldbrunner in der Korrespondenz der Handelskammer als getarnter Kommunist hingestellt werde.

W a l d b r u n n e r verwahrt sich dagegen, dass er illoyal vorgegangen sei. Er habe, um ein Einvernehmen herzustellen , auch den Sechser-Ausschuss einberufen. Im Falle der VOeSt wurde nur das gemacht, was im Untersuchungsergebnis gerechtfertigt ist. Dagegen sei M a l e t a illoyal vorgegangen, indem er in Oberösterreich einen Artikel geschrieben habe, der die Tat - sachen verdreht. Er sei bereit, jeden einzelnen Fall überprüfen zu lassen.

M a l e t a verweist darauf, dass die ÖVP niemals den Versuch unternommen habe, eine Entlassung Richter-Brohm zu verhindern. In dem Artikel habe er nur geschrieben, dass auch der Kanzler die Untersuchung verlangt habe. Dagegen müsse er feststellen , dass die Blätter der sozialistischen Partei ganz einsietig über die Vorfälle berichten. Die verstaatlichten Betriebe seien eine allgemeine Angelegenheit, sie müssen daher auch gemeinsam be- sprochen werden.

R a a b : Ich weiss nicht, wie weit sich Waldbrunner bemüht , die sozialistische Wirtschaftsordnung an die kommunistische anzugleichen. Fest steht aber,, dass ihm nur Hoheitsrechte in den verstaatlichten Betrieben zustehen. Selbstverständlich ge-

höre derjenige, der unsauber sei, aus den verstaatlichten Betrieben hinaus. Dieser Grundsatz müsse aber gleichmässig (nicht nur gegen der ÖVP nahestehende Personen) angewendet werden. Bei der Regierungsbildung wurde ausdrücklich erklärt : jeder verstaatlichte Betrieb ist ein selbständiges Unternehmen. Die Kompetenz des Ministers beschränkt sich auf das Aufsichtsrecht. Zwischenruf W a l d b r u n n e r 's : "und die Wahrung der staatlichen Interessen ". R a a b : " Die staatlichen Interessen haben die Aufsichtsorgane zu wahren ". Es muss auch die Kammerzugehörigkeit der verstaatlichten Betriebe unbedingt eingehalten werden. Auf jeden Fall müsse auch das Mitspracherecht der ÖVP bei den verstaatlichten Betrieben weiterhin gewahrt bleiben.

Im Finanzministerium sitzt ohnedies ein Vertrauensmann der Sozialisten. Wir haben aber nichts dagegen, dass auch dort der Sechserausschuss seine Tätigkeit aufnimmt.

W a l d b r u n n e r anerkennt ausdrücklich die seinerzeitige Vereinbarung bei der Regierungsbildung in dem von R a a b dargestellten Sinn. Er wendet nur ein, dass er dann einschreiten müsse, wenn irgend etwas durch manche Vertreter der ÖVP hinaus - geschoben wird, so dass es zu keinen Entscheidungen kommt.

W a l d b r u n n e r beschwert sich auch, dass ihm manche AAB-Leute in den Rücken fallen, so zum Beispiel, als Altenburger für die Bezahlung der Streiktage intervenierte. Dem gegenüber wird von den ÖVP-Vertretern darauf verwiesen, dass in dieser Frage die Gesamtregierung eine einheitliche Haltung eingenommen hat.

Pressefragen :

H e l m e r verweist darauf, dass es wichtig sei, die Presse - politik richtig aufeinander abzustellen.Vor allem sollen gegen - seitige Angriffe unterlassen werden.

F i g l schlägt vor, das seinerzeitige Presseübereinkommen neu abzuschliessen.

H u r d e s verweist darauf, dass wir noch eine Reihe von Fragen offen haben und dass daher eine öftere regelmässige Zusammenkunft

der Parteienvertreter unbedingt notwendig sei. Zu dem umfang - reichen, bereits bekannten Verhandlungsprogramm kommen noch eine Reihe von Punkten, die die OVP zur Sprache bringen wird. (siehe das im Schreiben vom 13.Jänner 1951 an den Herrn Bundeskanzler angeführte in der Bundesparteileitungssitzung festgelegte weitere Verhandlungsprogramm).

Zusammenfassung :

Es wurde festgelegt, die Parteienbesprechungen regelmässiger durchzuführen.

Verwendung von Fondsmitteln für den Wiederaufbau .

J o n a s macht geltend, dass bei dem Vorschlag an die Fonds - kommission (die am Montag tagt), nicht die seinerzeit getroffene Vereinbarung eingehalten ist, wonach 60 % für Teilschäden und 40 % für Totalschäden verwendet werden sollen. In Wirklichkeit sieht der Vorschlag ca. 60 % von Fällen vor, wo es sich um einen Totalschaden handelt.

R a a b schlägt vor, man solle in der Montagsitzung beim vor - liegenden Vorschlag bleiben und bei der nächsten Sitzung einen Ausgleich treffen, so dass in beiden Sitzungen zusammen das vereinbarte Verhältnis : 60 % für Teilschäden und 40 % für Total - schäden eingehalten ist.

Die Sozialisten stimmen zu.

F i g l verweist darauf, dass in der Montagsitzung über die Roh - stofflenkung und -Verwendung unbedingt eine Lösung gefunden werden muss. Es wird daraufhin eine neuerliche Sitzung des Parteien - komitees einberufen.

KvVI

44

!STRENG VERTRAULICH !

N i e d e r s c h r i f t

über die Parteienverhandlung zwischen den beiden Regierungs - parteien am 1.Februar 1951 im Bundeskanzleramt

Beginn : 16, 10 Uhr — Ende: 18,10 Uhr

Anwesend für die ÖVP : FIGL , WEINBERGER , RAAB, HURDES , KRAUS

Anwesend für die SPÖ : SCHÄRF , HELMER , WALDBRUNNER , JONAS

Nach einer Begrüssung durch den Vorsitzenden Bundeskanzler F i g l wurde nachstehendes besprochen :

Verwendung von Fondsmitteln für den Wiederaufbau :

Es wird einvernehmlich festgestellt, dass die bei der letzten Besprechung angedeuteten Schwierigkeiten mittlerweile einvernehmlich bereinigt wurden.

J o n a s verweist aber darauf, dass sich eine neue Schwierigkeit deshalb ergibt, weil der vereinbarte Aufteilungs - schlüssel : 40 % für Totalschäden und 60 % für Teilschäden verschieden ausgelegt wird. J o n a s vertritt den Standpunkt, daß dieser Schlüssel ein gesamtösterreichischer sei, während P r i n k e den Standpunkt vertritt, dass der Schlüssel 40 % Totalschäden und 60 % Teilschäden in jedem einzelnen Bundesland angewendet werden müsse.

R a a b verweist darauf, dass dieses Verhältnis 40 : 60 seinerzeit ja eigentlich in erster Linie für Wien vereinbart wurde .

Da man zu keiner Einigung kommt, schlägt H u r d e s vor, eine einvernehmliche Regelung in einem Unterausschuss herbeizuführen, in den seitens der ÖVP entsendet werden: R a a b und P r i n k e, von der SPÖ: J o n a s, der noch einen Vertreter mitnehmen wird. Ausserdem soll den Beratungen dieses Unterausschusses Sekt.Chef Ing. K l o s s beigezogen werden.

S c h ä r f erklärt sein Einverständnis zu diesem Vorschlag, beanständet jedoch, dass Sekt.Chef Ing. Kloss Listen vorlegte, in denen auch Badezimmer, Portale und Geschäftseinrichtungen aufgenommen waren, obwohl dies auch einer Weisung des Ministers Kolb widerspricht. Es sei ausserdem in der Liste auch ein fast fertiges Haus aufgenommen worden. Die Entschuldigung, dass sich für dieses Projekt Taucher eingesetzt habe, sei nicht stichhältig, weil die gesetzlichen Bestimmungen eindeutig die Finanzierung eines solchen Projektes ausschliessen.

Kanzler F i g l übernimmt es, K l o s s darauf aufmerksam zu machen, dass die Geschäftsführung streng nach dem Gesetz zu erfolgen habe.

Vorwürfe gegen die Geschäftsführung W a l d b r u n n e r s bezüglich der verstaatlichten Betriebe:

R a a b verweist nochmals auf die Klagen, die gegen die Geschäftsführung W a l d b r u n n e r s in den verstaatlichten Betrieben vorliegen und hebt nochmals hervor, dass die Kompetenzvorschriften eindeutig sind. Darnach steht dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe hinsichtlich der verstaatlichten Betriebe nur die Ausübung der Hoheitsrechte zu. Die verstaatlichten Betriebe sind vollkommen selbständig und müssen nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Veränderungen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen als notwendig erweisen, sind mit den Vertretern der ÖVP zu besprechen. Zu diesem Zwecke ist der 6er-Ausschuss entsprechend zu aktivieren. Die Vertretung der einzelnen Betriebe liegt bei den Kammern und den Fachgruppen.

W a l d b r u n n e r erklärt ausdrücklich, dass er diese Grundsätze anerkennt und dass seiner Auffassung nach diese Grund-

sätze auch immer eingehalten wurden und werden .

Über Vorhalt Minister R a a b's, dass W a l d b r u n n e r bei der Kohlenbeschaffung für die verstaatlichten Betriebe diese Grundsätze nicht eingehalten habe, entwickelt sich eine sehr eingehende Debatte, insbesonders zwischen W a l d b r u n n e r und R a a b .

W a l d b r u n n e r versuchte den Sachverhalt so darzustellen, dass seine Verfügung nur zur Ersparung von Auslagen getroffen worden sei. Die Mitwirkung der Firma "Gaskoks" sei praktisch kostenlos. Diese Firma sei übrigens hauptsächlich in öffentlicher Hand.

R a a b verweist darauf, dass die Argumentation Waldbrunners vollkommen unrichtig sei. Da sowohl die Bundesbahn, wie die in Frage kommenden verstaatlichten Betriebe das Geld nicht besitzen, können sie gar nicht direkt einkaufen. Sie bedienen sich daher der Länderbank bzw. der "Gaskoks", die selbstverständlich nicht kostenlos arbeiten, dagegen aber in sozialistischen Händen sind. R a a b verwies neuerdings darauf, dass W a l d b r u n n e r auf keinen Fall in seinem Ministerium eine Generaldirektion für die verstaatlichten Betriebe errichten könne.

In einer längeren Debatte, an der sich auch noch F i g l, S c h ä r f , H u r d e s und W e i n b e r g e r beteiligten, wurde insbesonders von den Vertretern der ÖVP darauf verwiesen, dass nach der Vereinbarung anlässlich der Regierungsbildung eindeutig ist, dass bei den verstaatlichten Betrieben die ÖVP mitzureden hat. Dies geschieht durch die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte. Wenn aus verschiedenen Gründen die Bestellung dieser Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte noch nicht vollzogen werden kann, oder diese Organe versagen , so könne auf keinen Fall subsidiär an ihre Stelle W a l d b r u n n e r allein treten. Es müsse in diesen Fällen das vereinbarte Mitspracherecht der ÖVP unbedingt gewährleistet sein.

Schliesslich wird einvernehmlich festgestellt, dass zunächst daran geschritten werden muss, möglichst umgehend in allen verstaatlichten Betrieben die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte zu bestellen.

Aktionen der Kommunisten :

S c h ä r f verweist darauf, dass sich zwei Aktionen der Kommunisten deutlich abzeichnen :

a) Forderung nach einer 20 %igen Lohnerhöhung
b) kommunistisches Jugendtreffen in Wien zu Pfingsten

H e l m e r machte verschiedene Mitteilungen über die Unzulänglichkeit von Disziplinarverfahren in seinem Ressort.

Nächster Termin :

Als Termin der nächsten Sitzung wurde beschlossen :

Donnerstag, der 8.Februar 1951, um 16,00 Uhr im Bundeskanzleramt.

In dieser Sitzung sollen vor allem alle Fragen, die mit Presse und Propaganda zusammenhängen, besprochen werden.

BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT
DR. FELIX HURDES
GENERALSEKRETÄR
DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

WIEN, am 2.Februar 1951
I. KÄRNTNERSTRASSE 51

1., Minoritenplatz 5

Betr. : Parteienverhandlung zwischen
den beiden Regierungsparteien
am 1.Februar 1951

!Vertraulich !

In der Anlage übermittle ich ein Exemplar der Niederschrift über die Parteienverhandlung zwischen den beiden Regierungsparteien, welche am 1.Februar 1951 im Bundeskanzleramt stattgefunden hat.

Mit den besten Grüssen !

Beilage !

Herrn Bundeskanzler Dr.Ing.Leopold F i g l
Herrn Vizebürgermeister Lois W e i n b e r g e r
Herrn Minister a.D. Präsident Ing.Julius R a a b
Herrn Bundesminister Josef K r a u s

1045

BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT
DR. FELIX HURDES
GENERALSEKRETÄR
DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

KvVI

45

WIEN, am 14. Februar 1951
I. KÄRNTNERSTRASSE 51

I., Minoritenplatz 5

Werter Herr Bundesminister !
Lieber Freund !

Zu Deiner Information teile ich Dir mit, dass in der letzten Parteienbesprechung (Verhandlungen der Spitzen - funktionäre beider Regierungsparteien) folgende Dich interessierenden Fragen besprochen wurden.

1.) Erledigung der § 27-Ansuchen

Da man zunächst zu keiner Einigung kam, erklärte Waldbrunner, dass er noch einmal die Angelegenheit mit Dir erörtern möchte.

2.) 2.Rückgabeanspruchsgesetz

Nach einer längeren Debatte einigte man sich dahin, dass es zunächst das vernünftigste ist, Deinen Gesetzesent - wurf über den Ministerrat dem Parlament zuzuweisen, wobei beide Parteien sich ihre endgültige Stellungnahme im Parlament vorbehalten.

Der letztere Beschluss scheint jedoch durch Be- sprechungen, die heute im Parlament stattgefunden haben, über- holt zu sein. Es wurde nämlich zwischen Raab und Pittermann besprochen, dass man auf Grund eines gemeinsamen Schrittes der Kammern zunächst einen Initiativantrag einbringen soll, der sich zunächst nur auf die Regelung des Vermögens der Kammern bezieht, wobei allerdings von unserer Seite verlangt wurde, bei dieser Gelegenheit auch in den Initiativantrag das im Entwurf des 2.Rückgabeanspruchsgesetzes enthaltene kirchliche Vermögen mit aufzunehmen.

./.

Meines Erachtens würde es aber auf keinen Fall schaden, wenn Du den Entwurf des 2. Rückgabeanspruchsgesetzes auf jeden Fall fertigstellen ließest.

Ich werde Dich auch künftighin schriftlich benachrichtigen, wenn in den Parteienbesprechungen Dinge beschlossen werden, die Dein Ressort berühren.

Mit den besten Grüssen !

Dein

H u r d e s e.h.

Herrn
Bundesminister
Dr. Eugen M a r g a r e t h a

W i e n I.,
Johannesgasse 5

Herrn Bundeskanzler Dr. Ing. Leopold F i g l (als Bundesparteiobmann)
zur gef. Kenntnisnahme !

1047

am 14.Februar 1951

1., Minoritenplatz 5

Betr.: Rundschreiben Nr. 2
vom 2.2.1951

Werter Herr Nationalrat !
Lieber Freund !

Im Punkt 6) des obigen Rundschreibens verweist Du auf die Schwierigkeiten, die den Arbeiten unserer Fraktion des Sechsersausschusses entgegenstehen.

Wenn es so ist, dass Waldbrunner die Einsicht in die Ministerialakte dem Sechserausschuss verwehrt, so muss zunächst selbstverständlich beobachtet werden, dass die SPÖ-Mitglieder des Sechserausschusses beim Finanzministerium nicht besser gestellt werden.

Im übrigen möchte ich nachdrücklichst darauf verweisen, dass Waldbrunner die Kompetenzen des Sechserausschusses nach der bei der Regierungsbildung getroffenen Vereinbarung entsprechend zu beachten hat. Um nicht etwa der Willkür Waldbrunners ausgeliefert zu sein, wurde in der Vereinbarung anlässlich der Regierungsbildung ausdrücklich ein Rekursrecht an die Regierung schriftlich festgelegt. Diesbezüglich heisst es im Punkt 7) unter II (Neubildung der Regierung) der erwähnten Vereinbarung wörtlich : "Für beide Kommissionen (Kommission im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und Kommission im Finanzministerium) gilt das Rekursrecht an die Regierung für den Fall, dass keine Einigung in der Kommission erzielt wird. "

Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass unsere Fraktion in einem konkreten Fall erklärt, zur Entscheidung unbedingt die Einsichtnahme in den Akt zu benötigen. Wird dies abgelehnt, so kann die Entscheidung der Regierung angerufen werden.

./.

1048

Auf jeden Fall müsste Waldbrunner bei den Verhandlungen im Sechserausschuss sehr deutlich auf diese Rekursmöglichkeit aufmerksam gemacht werden. Allenfalls müsste die Rekursmöglichkeit auch in Anspruch genommen werden.

Mit den besten Grüssen !

H u r d e s e.h.

Herrn
Nationalrat
Dr.Alfred M a l e t a

W i e n I.,
Falkestrasse 3/Mez.

Herrn Bundeskanzler Dr. Ing.Leopold F i g l

zur gef.Kenntnisnahme !

KvM

Nationalrat
Dr.Alfred MALETA,
W i e n 1.,
Falkestr.3/Mez.

Wien, am 18.2.51.

Herrn
Bundesminister
Dr.Felix HURDES,

W i e n 1.,
Minoritenplatz.

Sehr verehrter Herr Minister!
L i e b e r F r e u n d !

In Beantwortung Deines Schreibens vom 14.2.51. erlaube ich mir mitzuteilen, dass unsere Fraktion selbstverständlich gerne von dem in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehenen Rekursrecht an die Bundesregierung Gebrauch machen würde. In diesem Zusammenhang aber darf ich Deine Aufmerksamkeit dar uf lenken, dass eine solche Anrufung der Bundesregierung bereits vor Monaten einmal vorgenommen wurde. Es handelte sich um die grundsätzliche Entscheidung über die Auslegung der Proporzbestimmungen, wie Dir sicher erinnerlich sein wird, weil ich mehrmals mündlich, wie auch in verschiedenen Schriftstücken Eingaben auf diese Entscheidung gedrängt habe. Diese Nichtentscheidung war auch eine der wesentlichen Ursachen, dass der Sechserausschuss solange nicht einberufen wurde, weil er sich ja bis zur Entscheidung der Bundesregierung vertagt hat.

Es müsste also die Gewähr geboten sein, dass die Bundesregierung im Falle ihrer Anrufung auch tatsächlich entscheidet, weil sonst diese Waffe sich als zweischneidiges Schwert für uns erweisen würde.

Mit herzlichem Grusse

Dein ergebener

BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT
DR. FELIX HURDES
GENERALSEKRETÄR
DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

WIEN, am 14.Februar 1951
I. KÄRNTNERSTRASSE 51

I., Minoritenplatz 5

Betr. : Rundschreiben Nr. 2
vom 2.2.1951

Werter Herr Nationalrat !
Lieber Freund !

Im Punkt 6) des obigen Rundschreibens verweist Du auf die Schwierigkeiten, die den Arbeiten unserer Fraktion des Sechserausschusses entgegenstehen.

Wenn es so ist, dass Waldbrunner die Einsicht in die Ministerialakte dem Sechserausschuss verwehrt, so muss zunächst selbstverständlich beobachtet werden, dass die SPÖ-Mitglieder des Sechserausschusses beim Finanzministerium nicht besser gestellt werden.

Im übrigen möchte ich nachdrücklichst darauf verweisen, dass Waldbrunner die Kompetenzen des Sechserausschusses nach der bei der Regierungsbildung getroffenen Vereinbarung entsprechend zu beachten hat. Um nicht etwa der Willkür Waldbrunners ausgeliefert zu sein, wurde in der Vereinbarung anlässlich der Regierungsbildung ausdrücklich ein Rekursrecht an die Regierung schriftlich festgelegt. Diesbezüglich heisst es im Punkt 7) unter II (Neubildung der Regierung) der erwähnten Vereinbarung wörtlich : "Für beide Kommissionen (Kommission im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und Kommission im Finanzministerium) gilt das Rekursrecht an die Regierung für den Fall, dass keine Einigung in der Kommission erzielt wird. "

Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass unsere Fraktion in einem konkreten Fall erklärt, zur Entscheidung unbedingt die Einsichtnahme in den Akt zu benötigen. Wird dies abgelehnt, so kann die Entscheidung der Regierung angerufen werden.

./.

1051

Auf jeden Fall müsste Waldbrunner bei den Verhandlungen im Sechserausschuss sehr deutlich auf diese Rekursmöglichkeit aufmerksam gemacht werden. Allenfalls müsste die Rekursmöglichkeit auch in Anspruch genommen werden.

Mit den besten Grüssen !

Herrn
Nationalrat
Dr.Alfred M a l e t a

W i e n l.,
Falkestrasse 3/Mez.

1052

Kv VI

47

Vorschläge der SPÖ
für die
Parteienbesprechungen am 12. Jänner 1952.

Einleitung: Vertraulichkeit der Besprechungen?

I. Politische Gegenstände

1.) die Starhembergfrage
2.) die ausständigen Verfassungsgesetze: a) Bezirksverwaltung
b) Volksbegehren,
c) Volksabstimmung

3.) Wiedergutmachung für 1934,
angemeldet allein 26 Millionen Schilling, die der SPÖ beschlagnahmt wurden.
Wiedererrichtung der Filialen der Arbeiterbank,
Konzession für ein Reisebüro

II.) Kulturpolitische Gegenstände

1.) Schulrecht
2.) Familienrecht

III.) Wirtschaftspolitik

1.) Fortsetzung der Preissenkungsaktion
2.) Beseitigung der Wettbewerbshindernisse: Untersagungsgesetz, Rabattgesetz, Kreditwesens. 5.12.1934 (Verbot der Annahme von Geldeinlagen), Verbot der Lieferung an öffentlichen Körperschaften); Nationalbank;
Revision der Satzungen der verstaatlichten Banken, personelle Veränderungen in den verstaatlichten Banken.
3.) Vorsorge für ablaufende Gesetze: Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz, Preistreiberei-, Getreidewirtschafts-, Viehverkehrsg, Milchwirtschaft; Preisregelung; Wirtschaftsdirektorium, Russenhandelsverkehrsgesetz, Rohstofflenkungsgesetz. Wohnungsanforderungsgesetz,
4.) Messewesen

IV. Sozialpolitik

1.) xx 3 Arbeitslosengesetze
2.) Arbeitszeitgesetz
3.) Vollbeschäftigungsmaßnahme
4.) Antiterrorgesetz

Wien, am 28.Mai 1952
Dr.Tz/H - 15907

Herrn
Bundesminister für
Verkehr und verstaatl. Betriebe
Dipl.Ing. Karl WALDBRUNNER,

W i e n I.,
- - - - - - - - - -
Elisabethstrasse 9.

Sehr geehrter Herr Minister !

Ich komme zurück auf unsere gelegentliche Aussprache über die Zusammensetzung der ÖVP-Fraktion der Paritätischen Kommission und teile Ihnen mit, dass Generaldirektor Demelmayer sich entschlossen hat sein Mandat niederzulegen. Wir machen daher an seiner Stelle Herrn Dr.Ing.Fritz M a i x, Wien XIX., Agnesgasse 45, namhaft.

Wir bitten es so einzurichten, dass Dr. Maix an der geplanten Sitzung am 19.Juni schon teilnehmen kann. Bei dieser Gelegenheit bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, dass ich in den Monaten Juni und Juli nicht in der Lage bin den Sitzungen anzuwohnen, da ich mich auf Reisen befinde. Wir bitten für diese Sitzungen als meinen vorübergehenden Vertreter Herrn Dr.Josef T z ö b l, p.A.: Bundesparteileitung der ÖVP, Wien I., Kärntnerstr.51, zuziehen zu wollen.

Mit dem Ausdruck der
vorzüglichen Hochachtung
Ihr

1054

(NR.Dr.Maleta)
Generalsekretär

REPUBLIK ÖSTERREICH
Der Bundesminister für Verkehr
und verstaatlichte Betriebe
A.Nr.1666/52.

Wien, den 5.Juni 1952.

Sehr geehrter Herr Nationalrat !

Mit Ihrem Schreiben Dr.Tz/H - 15907 vom 28.v.Mts. haben Sie mir mitgeteilt, daß an Stelle des zurückgetretenen Generaldirektors Demelmayer die Österreichische Volkspartei Herrn Dr.Ing.Fritz M a i x als Mitglied der Paritätischen Kommission beim ho. Ministerium namhaft macht. Ich nehme diese Nominierung zur Kenntnis und werde umgehend Herrn Dr.Ing.Fritz Maix die Einladung für die nächste Sitzung der Paritätischen Kommission zugehen lassen.

Was Ihren Wunsch auf Einladung des Herrn Dr.Josef T z ö b l für die nächste Sitzung betrifft, muß ich aber zu meinem Bedauern mitteilen, daß ich diesem nicht ohne Zustimmung der übrigen Mitglieder der Paritätischen Kommission nachkommen kann. Es ist in den Vereinbarungen nur von Mitgliedern und der Parität der beiden Parteien die Rede, nicht aber von Ersatzmitgliedern und von einem vorübergehenden Austausch. Weder bei der Kommission des ho. Ministeriums noch bei der Kommission des Finanzministeriums ist eine solche Praktik versucht worden, weil sie - wie gesagt - in den Vereinbarungen auch nicht vorgesehen ist. Sie können aber natürlich, wie das in Fällen der Verhinderung bisher der Fall war, Ihre Stimme einem anderen Mitglied der Kommission übertragen, was allerdings deswegen ohne Bedeutung ist, weil wir immer nur einstimmige Beschlüsse in dieser Kommission

./. 1055

fassen. Ich werde darum Herrn Dr.Josef Tzöbl nicht für die nächste Sitzung einladen.

Mit dem Ausdruck meiner

vorzüglichen Hochachtung

Waldheim

Herrn
Nationalrat Dr.Alfred M a l e t a,
Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei,
Wien,I.,Kärntnerstr.51.

1056

Wien, am 23.Juni 1952

Herrn
Bundesminister für Verkehr
und verstaatlichte Betriebe,
Dipl.Ing. Karl WALDBRUNNER,

W i e n I.,
- - - - - - - - -
Elisabethstrasse 9.

Sehr geehrter Herr Minister !

Gelegentlich der Parteivorstandssitzung am 6h.ds., erhielt ich Kenntnis von Ihrem Schreiben, mit dem Sie die Vertretung NationalratvDr. Maletas in der Paritätischen Kommission in Ihrem Ministerium abgelehnt haben. Sie berufen sich darauf, dass eine solche Vertretung nicht "ohne Zustimmung der übrigen Mitglieder" vorgenommen werden könnte und dass das Parteienübereinkommen eine solche Vertretung nicht vorsieht.

Dem gegenüber ist die Österreichische Volkspartei der Meinung, dass es ausschliesslich Angelegenheit jeder der beiden Parteien ist, wer sie in der Paritätischen Kommission repräsentiert. Auf die Entsendung der Mitglieder der einen Fraktion, steht den Mitgliedern der anderen Fraktion kein Einfluss zu. Die Österreichische Volkspartei betrachtet daher Herrn Dr.Josef T z ö b l

1057

im Sinne des Schreibens ihres Generalsekretärs Nationalrat Dr. Maleta vom 28.Mai als provisorisches Mitglied der Paritätischen Kommission in Ihrem Ministerium und bittet Sie dieser Auffassung der ÖVP Rechnung zu tragen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

(Min.a.D.Ing. Raab)